

## »Erschütternd! Unfassbar! Unvergessen!«

Vom 9. September bis zum 6. Oktober 2013 zeigte die Opferberatung des RAA Sachsen e.V. im St. Marien Dom Zwickau eine Ausstellung zum Thema rechte Gewalt. In der Ausstellung werden 169 Menschen porträtiert, die zwischen 1990 und 2011, aufgrund rechter oder rassistischer Motive ermordet worden sind. Die Ausstellung gibt den in der Öffentlichkeit oft vergessenen Menschen ein Gesicht, eine Geschichte und hält die Erinnerung wach.

»Wut, Trauer, Scham!« lautet ein Eintrag im Gästebuch des Zwickauer St. Marien Doms. Insgesamt acht Seiten sind gefüllt von Kommentaren zur Ausstellung, die deutlich machen welche Gefühle die Ausstellung bei den Besucher\_innen weckte. Viele von ihnen kamen als Tourist\_innen und gingen mit großer Betroffenheit und Dankbarkeit darüber, dass die Erinnerung an die Opfer wach gehalten wird. Der Dom bot dazu eine besonders beeindruckende Atmosphäre. Die Ausstellung bietet die Chance, über die tödlichen Konsequenzen von Ausgrenzung, Rassismus und Neonazismus in unserer Gesellschaft zu diskutieren. Schüler\_innen einer Zwickauer Mittelschule nutzten dieses Angebot und nahmen an einer der kostenfreien Führungen durch die Ausstellung teil. In einer dieser Führungen gab eine Besucherin ihrer Gruppe preis, dass eines der Todesopfer ihre Oma sei. Das war für alle Anwesenden ein besonderer Moment, der erfüllt war von Anteilnahme und Betroffenheit.

Die Idee die Ausstellung nach Zwickau zu holen entstand im Frühjahr 2012. Die Mitarbeiter\_innen der Opferberatung wollten mit der Ausstellung eine ehrliche Auseinandersetzung mit der Rolle Zwickaus am Gedenken an die Ermordeten des NSU vorantreiben. Zudem sollte die aktuelle Angriffssituation in Sachsen und Zwickau verdeutlicht werden um damit u.a. Empathie für Betroffene zu fördern.

angegriffen werden. Die Täter rufen dabei rassistische und nationalistische Parolen. **8. September, Pausa:** Ein sogenannter Reichsbürger bedroht eine Direktkandidatin der Grünen an ihrem Wohnhaus. Er fordert die Politikerin auf, aus dem Haus zu kommen und zielt mit einer Pistole auf sie. Die eintreffende Polizei nimmt den Mann fest und stellt zwei Schreckschuss- und eine

Sachsen und insbesondere die Stadt Zwickau haben eine besondere Rolle im NSU Komplex. Zwickau war ein Rückzugs- und Planungsort der Täter. Die in Sachsen aktiven und gut vernetzten Neonazistrukturen, welche seit langer Zeit Bestand haben, waren vermutlich ein wichtiger Grund für die Täter, Zwickau als Versteck zu wählen.

Was das für Menschen bedeutet, die nicht in das Weltbild der Neonazis passen, wird bereits am 3. Oktober 1999 in Hohenstein Ernstthal deutlich. In dem Ort zwischen Chemnitz und Zwickau wird der 17-jährigen Patrick Thürmer gemeinsam mit einem Freund auf dem Heimweg von einem Punkfestival in Hohenstein-Ernstthal von drei Männern überfallen, die mit ihrem Auto »Jagd auf Punks« machen. Mit einem Axtstiel und einem Billardqueue fügen sie dem schwächlichen, 1 Meter 56 großen Malerlehrling tödliche Kopfverletzungen zu. Vorausgegangen war ein Angriff von drei Dutzend Naziskins auf das Punkfestival und ein Gegenangriff von Punks auf eine Diskothek, in der sie die rechten Schläger vermuteten. Der Malerlehrling Patrick Thürmer starb »stellvertretend für jene Linken«, die an dem Angriff auf die Diskothek beteiligt gewesen sein sollten, stellt das Landgericht Chemnitz im September 2000 fest. Einen rechtsextremen Hintergrund erkennt das Gericht nicht an. Erst mit Überprüfung aller Urteile nach der Selbstenttarnung des NSU im November 2011 wird auch der Mord an Patrick Thürmer rückwirkend offiziell als rechtsmotivierter Mord gewertet. Die Tat zeigt, dass antipluralistische Einstellungen sowie eine verfestigte Neonaziszene lange vor dem Zuzug des Trios nach Sachsen existierte. Der Mord an Patrick Thürmer verdeutlicht auch, wie das Tatmotiv über Jahre durch staatliche Stellen geleugnet und wie unsensibel mit Betroffenen rechter Gewalt umgegangen wird.

Die Gespräche über die Verantwortung der Stadt als ein Wohnort des NSU wirken nach wie vor zäh. Die Frage scheint

► weiter auf Seite 6

Softairwaffe sicher. **13. September, Dresden:** Vier mutmaßlichen Neonazis attackieren eine Gruppe Jugendlicher und verletzen drei von ihnen. Die Täter können unerkannt fliehen, die Polizei kontaktiert die Betroffenen. Nach der Befragung wurden sie jedoch erneut von den Angreifern aufgespürt und attackiert. Ein 16-jähriger wird von einem Angreifer mit einem Baseball-

schläger erheblich verletzt. **14. September, Dohma:** Ein Jugendlicher wird von einem Neonazi auf einem Ortsfest zusammengeschlagen und schwer verletzt. Der Betroffene muss im Krankenhaus stationär behandelt werden. **29. September, Dresden:** Unbekannte schlagen einen 25-jährigen Inder an einer Haltestelle nieder. Der Betroffene muss zur stationären Behandlung in

► Fortsetzung von Seite 5

für viele Zwickauer eine enorme persönliche und emotionale Last mit sich zu bringen. Die Diskussion über mögliche Formen des Gedenkens, welche im Rahmenprogramm der Ausstellungseröffnung stattfand, machte deutlich, dass es keine perfekte Lösung für alle Zwickauer\_innen, wie von der Stadtverwaltung angestrebt wird, geben wird. Einen kreativen und offenen Umgang mit dem Thema versuchen die »Grass-Lifter«. Sie haben zum ersten Jahrestag der Selbstenttarnung des NSU symbolisch ein Stück Gras an der Stelle entnommen, an welcher einst das Wohnhaus des NSU stand. Die »Grass Lifter« sind nominiert für den sächsischen Förderpreis für Demokratie, welcher im November in Dresden verliehen wird. An diesem kreativen Potential könnten die Entscheidungsträger der Stadt ansetzen und aktiv werden. Dies scheint allemal besser, als zu hoffen, dass sich die »Grasnarbe« schnell wieder schließt.

Vor Ort wurde die Opferberatung von der Ortsgruppe Zwickau des »Roten Baum e.V.« und durch das Mobile Beratungsteam des Kulturbüro Sachsen e.V. unterstützt. An der Deckung der Kosten von knapp 1800,-€ beteiligten sich die Amadeu-Antonio-Stiftung, die Rosa-Luxemburg-Stiftung sowie der Solidaritätsfond der Hans-Böckler-Stiftung. Aiman Mazyk, Vorsitzender des Zentralrates der Muslime übernahm die Schirmherrschaft der des Projektes.

ein Krankenhaus gebracht werden. **6. Oktober, Dresden:** Mehrere Unbekannte greifen im Stadtteil Löbtau zwei Männer an. Die beiden Betroffenen verließen eine Straßenbahn und wurden dabei von etwa fünf bis sieben Personen verfolgt, die rassistische und nationalistische Parolen riefen. Anschließend schlagen und treten die Täter auf die beiden Män-

ner ein. Diese versuchen sich in ein Auto zu retten, die Angreifer umstellen jedoch das Auto und beschädigen es. Die alarmierte Polizei konnte drei Täter stellen.

Eine umfangreichere Chronik der Beratungsstellen ist auf der Homepage einzusehen: [www.raa-sachsen.de](http://www.raa-sachsen.de)

## KONTAKT

Für weiterführende Informationen zur RAA-Opferberatung besuchen Sie bitte:

[www.raa-sachsen.de](http://www.raa-sachsen.de)

Die RAA-Opferberatung verfolgt einen aufsuchenden Beratungs- und Unterstützungsansatz, der sich ganz an den Bedürfnissen der Betroffenen ausrichtet. Um einen Termin für eine Beratung zu vereinbaren, wenden Sie sich einfach an das Büro in ihrer Landesdirektion.

### Büro Dresden

Bautzner Straße 45/47, 01099 Dresden  
Tel: 0351 88 94 174  
Mobil: 0172 97 41 268  
Fax: 0351 88 94 193  
[opferberatung.dresden@raa-sachsen.de](mailto:opferberatung.dresden@raa-sachsen.de)

### Büro Chemnitz

Henriettenstraße 5, 09112 Chemnitz  
Tel: 0371 48 19 451  
Mobil: 0172 97 43 674  
Fax: 0371 48 19 452  
[opferberatung.chemnitz@raa-sachsen.de](mailto:opferberatung.chemnitz@raa-sachsen.de)

### Büro Leipzig

Peterssteinweg 3, 04107 Leipzig  
Tel: 0341 22 54 957  
Mobil: 0178 51 62 937  
Fax: 0341 22 54 956  
[opferberatung.leipzig@raa-sachsen.de](mailto:opferberatung.leipzig@raa-sachsen.de)

### Gefördert durch:



Impressum - Newsletter November 2013  
Herausgeber: RAA Sachsen e.V. - Opferberatung, Bautzner Straße 45/47, 01099 Dresden, Mail: [opferberatung.dresden@raa-sachsen.de](mailto:opferberatung.dresden@raa-sachsen.de), V.i.S.d.P.: Robert Kusche

## Beratungsstellen für Betroffene rechtsmotivierter und rassistischer Gewalt

# NEWSLETTER 10 Nov. 2013



**Inhalt:** Nichts gelernt? Sachsens Umgang mit der Opferberatung - Einzelfälle? Rechte Gewalt in der Sächsischen Schweiz - Unvergessen! Ausstellung über Todesopfer rechter Gewalt in Zwickau

Weitere Informationen zur Arbeit der Beratungsstellen im Internet auf: [www.raa-sachsen.de](http://www.raa-sachsen.de)

## Opferberatung & Kulturbüro Sachsen: Finanzierung 2014 in letzter Minute gesichert

**Eine Zusammenfassung der Situation durch die Geschäftsführer\_innen der Mobilen Beratung des Kulturbüro Sachsen e.V. sowie der Opferberatung des RAA Sachsen e.V.**

»Alle Jahr wieder« so kann man die Situation beschreiben, vor der wir stehen. Wir, das sind der Kulturbüro Sachsen e.V. sowie die Opferberatung des RAA Sachsen e.V. Dieses Jahr beispielsweise erhielten wir erst im April unseren Zuwendungsbescheid und diesen lediglich bis Juni. Irgendwie hatte das Sächsische Sozialministerium sowie das Sächsische Innenministerium es nicht vermocht die Gelder – welche bewilligt waren – bereit zu stellen. Der Änderungsbescheid für das 2. Halbjahr kam im August 2013 und damit schien die Finanzierung für 2013 gesichert. Dem war nicht so, denn der Gesamtbescheid offenbarte eine Kürzung von 50.000 € trotz anderslautender Ankündigungen. Diese permanenten Kürzungen mittels Salomitaktik existieren bereits seit mehreren Jahren, so dass beide Träger sich in einer chronischen Unterfinanzierung befinden. Für 2013 bedeutet das: Stundenreduzierungen für die Mitarbeiter\_innen, unterfinanzierte Sachkosten und einen seit mehreren Jahren auflaufenden Investitionsstau im Bereich von Technikersatz und Ausstattung. Summa Summarum eine Situation, die zu Lasten der Betroffenen und der Beratungsnehmer\_innen geht. Demgegenüber hatten am 22. August 2013 alle im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien einstimmig die gemeinsamen Empfehlungen des 2. Untersuchungsausschusses »Terrorgruppe nationalsozialistischer Untergrund« (DS 17/14600) angenommen und beschlossen, alle vorhandenen Strukturen »zu

sichern und drohende Kürzungen zu verhindern« - insbesondere diejenigen Strukturen, die tagtäglich »sichtbar und aktiv für die freiheitliche Demokratische Grundordnung eintreten«. Hierzu zählt die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus die »Kommunal- und Landespolitikerinnen und -Politik« beraten sowie die Beratungsstellen die »Opfer neonazistischer und rassistischer Gewalt« beraten und betreuen.

In der letzten Bundestagsitzung vor den Wahlen hat Frau Bundeskanzlerin Angela Merkel die Zusage gemacht, alle Empfehlungen des NSU Untersuchungsausschusses umzusetzen. Trotz dieser eindeutigen politischen Willensbekundung bringt die fragile Fördersituation im Bund die Länder in Bedrängnis und gefährdet die gute Beratungspraxis gegen Rechtsextremismus in Sachsen.

Auch in Sachsen ist man sich einig, dass die Arbeit weitergehen soll. Die Sächsische Sozialministerin Frau Clauß lies am 19. September 2013 im Sächsischen Landtag folgendes mitteilen:

»Das Beratungszentrum Sachsen wird im Rahmen des Bundesprogramms »Toleranz fördern und Kompetenz stärken« gefördert, das wissen Sie. [...] Inzwischen hat der Bund das Programm verlängert. Dies war allerdings zur Zeit der Verabschiedung des Doppelhaushaltes in Sachsen noch nicht bekannt. Die Staatsregierung plant eine Fortführung der Kofinanzierung des Beratungsnetzwerk Sachsens im Jahr 2014. Zurzeit arbeitet das Sozialministerium an einer Lösung entsprechende Mittel bereitzustellen« (Plenarprotokoll 19. September 2013).

► weiter auf Seite 2

Erst im Zuge unserer Pressekonferenz zum Jahrestag der Selbstenttarnung des NSU am 4. November wurde uns vom Sächsischen Sozialministerium eine neue Finanzierungsperspektive für Mobile Beratung und Opferberatung für 2014 zugesichert. Wir freuen uns über diese Lösung in letzter Minute, sind aber davon überzeugt, dass die dramatische Situation durch früheres Handeln hätte vermieden werden können. Das grundsätzliche Problem ist die jetzige fragile Förderpolitik. Die auf drei Jahre befristeten Bundesprogramme führen immer wieder zu einer unsicheren Situation der Projekte, vor allem in der Phase wo die Bundesprogramme nach drei Jahren auslaufen. Bis neue Programme geschrieben, abgestimmt und die Mittel in den Bundes- sowie Landeshaushalten eingestellt sind vergehen oft lange Monate. Monate, die für die Projekte und Betroffenen geprägt sind von einer Unsicherheit über die Weiterführung der Arbeit. Daher fordern unterschiedliche Verbände und Organisationen seit langem, dass die Mobile Beratung sowie die Opferberatung und darüber hinaus weitere Projekte im Präventionsbereich dauerhafte gefördert werden müssen. Dazu muss durch den Bundestag unsere Arbeit auf eine gesetzliche Basis gestellt werden. Nur so ist eine Absicherung und ein Ausbau der Arbeit gegen Neonazismus und menschenverachtende Einstellungen – wie sie im Abschlussbericht des NSU Ausschuss gefordert wird – überhaupt realisierbar.

An dieser Stelle wollen wir uns noch bei den zahllosen Unterstützer\_innen, die mit der sächsischen Staatsregierung Kontakt aufgenommen haben, bedanken. Wir haben uns in einem solidarischen sachsen- und bundesweiten Netzwerk gut aufgehoben gefühlt. Weiterhin gilt unser Dank auch unseren Partner\_innen vor Ort in den sächsischen Gemeinden, die sich solidarisch und mit stärkenden Botschaften an die Kolleg\_innen der Opferberatung und der Mobilen Beratung gewandt haben.

Wir wünschen uns für die kommenden Jahre einen fairen Umgang mit und Wertschätzung der zivilgesellschaftlicher Arbeit in Sachsen, durch staatlichen Institutionen.

### Opferberatung ausgezeichnet

Im September erhielt die Opferberatung des RAA Sachsen e.V., die Auszeichnung »Wirkt!« von der Phineo gAG verliehen. Mit dem Wirkt-Siegel wird die vorbildliche Arbeit des Vereins ausgezeichnet. Mit seinem erfolgreichen Handlungsansatz Betroffenen rechtsextremer Angriffe beizustehen, wird ein großer Beitrag zur Zurückdrängung von Ungleichbehandlungen geleistet.



## Sächsische Schweiz: Immer wieder Einzelfälle?

**Die sächsische Schweiz gilt als eine der ältesten Tourismusregionen Deutschlands. Der Artikel zeigt, dass rechte Gewalt dies nicht ausschließt und nur eine ehrliche Auseinandersetzung mit dem Phänomen menschenverachtender Einstellungen und Gewalt Lösungsoptionen eröffnet.**

In der Nacht vom 6. zum 7. September befanden sich Schüler\_innen einer Hamburger Schulklasse auf dem Weg vom Ortsfest zurück zur Jugendherberge im Ortsteil Ostrau (Bad Schandau). Sie hatten sich in der letzten Nacht ihres Aufenthalts in der Sächsischen Schweiz weggeschlichen um noch etwas zu erleben. Was bei Klassenfahrten, insbesondere der 10. Klassenstufe, alles andere als unüblich ist, wurde den Hamburger Schüler\_innen allerdings zum Verhängnis. Ein Dutzend junger Männer beschimpften die 15- bis 16-Jährigen und folgten ihnen bis zu ihrer Unterkunft. Dort skandierten sie nach Zeugenaussagen rassistische Parolen, einige der Verfolger drangen in das Gebäude der Jugendherberge ein. Dort trafen sie auf einen 15-Jährigen, der gerade auf dem Weg zur Toilette war. Sein Vater stammt aus China. »Wen haben wir denn da«, sollen die Angreifer gesagt haben. Dann schlugen sie zu. Der 15-Jährige erlitt einen Kieferbruch und eine Augenhöhlenbodenfraktur.

Als der Vorfall in der folgenden Woche vom Operativen Abwehrzentrum bekannt gemacht wurde, war das mediale Echo groß: ein rassistischer Angriff auf Hamburger Schüler\_innen in der Sächsischen Schweiz. Denn trotz aller Bemühungen in den vergangenen Jahren Nazis und deren Gedankengut in der Region etwas entgegenzusetzen, ist der Landkreis nach wie vor ein bundesweit bekannter Schwerpunkt. Dafür sprechen die Wahlergebnisse der NPD - zur Bundestagswahl wieder einmal der Landkreis mit dem höchsten Ergebnis, 5,1 % - Aktivitäten der Naziszene, wie Schmierereien, Fußballturniere oder Konzerte, aber auch Veranstaltungen, Kundgebungen und Infostände. Auch rechtsmotivierte Angriffe werden in der Region immer wieder verübt.

tackieren zwei jungen Männern einen Mann aus Algerien. Sie beleidigen ihn zunächst in einer Straßenbahn, verfolgen ihn nachdem er ausgestiegen ist und verprügeln ihn. Erst als Zeug\_innen zur Hilfe eilten, lassen die Täter vom Betroffenen ab. Sie werden noch von der Polizei gefasst. **6. Juli, Wilkau-Haßlau:** Mehrere Unbekannte beschuldigen das China-Restaurant »Mekong«.

Die Täter verwüsten den Biergarten und werfen eine Scheibe ein. Sie flüchten mit mehreren Fahrzeugen. Ein rassistisches Tatmotiv ist zu vermuten. **17. Juli, Stolpen:** Vier Männer beleidigen den 40-jährigen Betreiber eines Imbisses. Die gerufene Polizei stellt die Täter und ermittelt wegen Volksverhetzung. **7. August, Dresden:** Ein Arzt wird von zwei Männern rassistisch beleidigt und

Die Opferberatung des RAA Sachsen e.V. zählte allein in den ersten neun Monaten des Jahres 2013 im Altkreis Sächsische Schweiz bisher zwölf rechtsmotivierte Angriffe, vor allem Körperverletzungen. Nur eine Woche nach der Attacke in Bad Schandau wurde auf einem Ortsfest in Cottä/Dohma ebenfalls ein 15-Jähriger brutal geschlagen und mit schweren Verletzungen ins Krankenhaus eingeliefert. Auch hier soll der Täter der rechten Szene nahe stehen. Bereits im Februar wurde in Pirna ein 15-Jähriger mit einer Flasche auf den Kopf und am Boden liegend weiter geschlagen. Ebenfalls in Pirna wurde ein Brandanschlag auf einen Asia-Imbiss verübt. Und in der Nacht zum 20. April konnte ein Angriff auf die Asylsuchendenunterkunft in Langburkersdorf glücklicherweise noch verhindert werden. Bewohner bemerkten rechtzeitig die drei Männer, bewaffnet mit Messern und Schlagringen, auch Benzinkanister wurden gesehen, und informierten den Wachmann, der die Polizei alarmierte. Erst im Juli 2012 wurde auf das Heim ein Brandanschlag verübt.

In Anbetracht der Fakten und Zahlen wirken die Reaktionen auf den Angriff in Bad Schandau verharmlosend: Innenminister Ulbig spricht von einem »schrecklichen Einzelfall« und der Sprecher des Innenministeriums Martin Strunden von einem »ärgerlichen Rückfall« (FP, 18.9.2013). Klaus Brämig, CDU-Bundestagsabgeordneter aus der Sächsische Schweiz und Vorsitzender des Tourismusausschusses sowie Vorstandschef im regionalen Tourismusverband sieht zuerst die Region als Opfer: »Es handelt sich um einen sehr bedauerlichen Einzelfall. ... Doch ich verwehre mich dagegen, eine ganze Region zu stigmatisieren.« Es sei »unwirklich« und »unerträglich«, dass manche Menschen von einer »No-Go-Area« reden. »Die Sächsische Schweiz ist eines der ältesten und schönsten Tourismusgebiete in Deutschland. Wir lassen uns die Region nicht kaputt reden und auch nicht kaputt machen.« (DNN, 18.9.2013)

»Wir können einen fremdenfeindlichen Hintergrund des Überfalls auf die Hamburger Schülergruppe eindeutig bejahen.« So

teilte es der Leiter der Ermittlungen Rüdiger Zwickirsch (OAZ) am 18.9. gegenüber der DNN mit. Bereits die Tatsache, dass das OAZ die Ermittlungen zu dem Fall übernommen hat, spricht für Hinweise auf einen rassistischen Hintergrund der Tat. So gab es laut Zeugenaussagen rassistische Parolen aus der angreifenden Gruppe. Zwei Tage später bestätigt Zwickirsch noch gegenüber der Freien Presse: »Das Motiv Fremdenfeindlichkeit hat sich bestätigt.« (FP, 20.09.2013)

Aber nur zwei Wochen später heißt in einer Pressemitteilung des OAZ »Ein politisch motivierter oder fremdenfeindlicher Hintergrund der Tat konnte bisher nicht festgestellt werden.« (08.10.2013) Inzwischen habe man vier Tatverdächtige zwischen 18 und 27 Jahren ermittelt und Hausdurchsuchungen durchgeführt. Dabei wurden zwar Beweismittel sichergestellt, jedoch nicht mitgeteilt, ob diese auf das Tatmotiv verweisen. Auch sei man sich nach Zeugenvernehmungen nicht mehr sicher, was vor der Jugendherberge gerufen worden sei. Nicht alle Zeugen hätten rassistische Parolen bestätigt. Der Sprecher der Staatsanwaltschaft Lorenz Haase vermutet stattdessen einen Fußballhintergrund. Zwei Wochen zuvor hatte Dynamo Dresden gegen den FC St. Pauli aus Hamburg verloren. So mutmaßt Haase, die Täter hätten nicht »NSDAP - wir vergessen nie« gerufen, sondern »SGD - wir vergessen nie«.

Die Herleitungen wirken wenig plausibel. Das besagte Fußballspiel lag zum Zeitpunkt des Angriffs bereits zwei Wochen zurück. Selbst wenn der Verein St. Pauli Stein des Anstoßes war, schließt dies einen politischen Hintergrund der Tat nicht aus. Der Verein gilt mit seiner Fanszene als links und gehört deshalb bei nicht wenigen Fußballfans zum Feindbild. Auch erklärt diese These nicht, warum keiner der Jugendlichen, die auf dem Dorffest waren körperlich attackiert wurde, aber der Junge mit Migrationshintergrund, der den Angreifern zufällig im Gebäude in die Arme lief. Und auch wenn nicht alle Zeugen dieselben Parolen vernommen haben, sind die Zeugenaussagen, die rassistische Rufe und Naziparolen benennen, nicht wegzureden. Der Eindruck, dass es bei den Äußerungen von OAZ und Staatsanwaltschaft um den Versuch des Wegredens eines ras-

mus anschließend im Krankenhaus behandelt werden. **21. August, Pirna:** In Pirna-Copitz brennt ein Asia-Imbiss komplett aus. Die Polizei geht von Brandstiftung aus und schließt ein rechtes Tatmotiv nicht aus. **1. September, Dresden:** Eine Gruppe von fünf Personen grölt nach einer Fussballpartie rechte Parolen in einer Straßenbahn und beleidigt andere Fahrgäste. Der

Fahrer der Straßenbahn fordert das Quintett auf die Bahn zu verlassen. Daraufhin wird er von einem Mann aus der Gruppe mehrfach ins Gesicht geschlagen. **1. September, Plauen:** Erneut verüben Unbekannte einen Farbanschlag auf das örtliche Islamische Zentrum, in der selben Nacht wird auch eine Unterkunft für Asylsuchende attackiert. An beiden Orten hinterlassen die Täter

sistischen Angriffes geht, verstärkt sich, wenn behauptet wird, dass diese Parolen aus einer anderen Gruppe heraus gerufen wurden. Und diese habe mit den vier nun ermittelten Tatverdächtigen nichts zu tun gehabt.

Nun steht die Polizei in der Kritik, die mit ihrer »vorschnellen Vorverurteilung« bundesweite Schlagzeilen provoziert, sich gar »mit der unbewiesenen Behauptung« aufgespielt hätten. »Die Behauptung, es hätte sich um einen Neonazi-Angriff gehandelt, hat dem Ruf einer ganzen Region geschadet«, so der FDP Landtagsabgeordnete Norbert Bläsner.

Die Polizei hat jedoch die Aufgabe bei Aufnahme einer Straftat zu prüfen, ob Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass sich die Tat gegen eine Person richtete, »wegen ihrer politischen Einstellung, Nationalität, Volkszugehörigkeit, Rasse, Hautfarbe, Religion, Weltanschauung, Herkunft oder aufgrund ihres äußeren Erscheinungsbildes, ihrer Behinderung, ihrer sexuellen Orientierung oder ihres gesellschaftlichen Status« (Definition PMK rechts). Und diese Anhaltspunkte lagen vor und bewegten das OAZ zur Übernahme der Ermittlungen sowie zu ihrer ersten Einschätzung. Insofern geht der Vorwurf der Vorverurteilung genauso fehl, wie die Behauptung, es wäre von einem Neonazi-Angriff gesprochen worden. Ausschlaggebend für die Bewertung einer Tat als politisch motiviert - rechts ist das handlungsleitende Motiv des Täters, nicht jedoch dessen Selbstverständnis oder Organisation als Nazi. Dies kann lediglich ein Hinweis auf das Motiv sein, ebenso wie die Auswahl des Opfers oder die bei dem Angriff gerufenen Parolen. Diese Anhaltspunkte sind unverändert bei dem Angriff in Bad Schandau gegeben.

Es bleibt zu hoffen, dass das OAZ seine Aufgabe ernst nimmt, und in ihre abschließenden Ermittlungen die Anhaltspunkte für das rassistische Tatmotiv berücksichtigt. Es bleibt weiterhin zu hoffen, dass die Erörterung des Tatmotivs im bevorstehenden Gerichtsverfahren gegen die vier Beschuldigten ausreichend Raum findet.

Hakenkreuzsprühereien und rechte Parolen. Am islamischen Zentrum werfen sie zudem Farballons gegen die Fassade. **7. September, Bad Schandau:** Ein 15-jähriger wird aus einer Personengruppe heraus angegriffen und schwer verletzt. Der Betroffene befand sich mit seiner Schulklasse auf dem Rückweg zur Jugendherberge, als sie von etwa 12 Personen verfolgt und anschließend

**2. Mai, Chemnitz:** Ein zwölfjähriger Junge wird von zwei unbekanntem Männern angesprochen und rassistisch beschimpft. Gegenüber der Polizei berichtet der Junge außerdem, dass er von den beiden Tätern mehrfach in den Bauch geschlagen und mit dem Fuß getreten wurde. **12. Mai, Leipzig:** Zwei junge Männer beleidigen einen Passanten rassistisch und bedrängen ihn. Einer Person, die den Betroffenen unterstützt und verbal interveniert, schlagen die Angreifer daraufhin

mehrfach ins Gesicht. Die Täter werden durch die Polizei gestellt. **10. Juni, Zwickau:** Ein junger Mann wird von einem 16-jährigen Mädchen rassistisch beleidigt und dann mit einer Glasflasche beworfen. Der Betroffene erleidet leichte Schnittverletzungen. **16. Juni, Geithain:** Im Nachgang des Festes »Tag der Vielfalt« greift ein Neonazi ein Person an, die mit dem Abbau beschäftigt ist. Der Täter kann festgehalten und der Polizei übergeben werden. **28. Juni, Dresden:** In der Nacht at-